

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 23, 18. November 1998

rechts

Einblicke

Ahnungslos

Von Matthias Arning

Geschichte ist eine Lehrmeisterin des Lebens. So dachten es sich zumindest die Alten: Historia Magistra Vitae. Von den Späteren aber sollten sie ganz offensichtlich eines Besseren belehrt werden: Einem Fünftel der heute 14- bis 17jährigen Deutschen sagt „Auschwitz“ gar nichts mehr. Wie soll dann Historia ihre Aufgabe erfüllen?

Eine Studie, die das Kölner Institut für Massenmedien vorgelegt hat, belegt die Unkenntnis der Jugendlichen. Gefragt wurde: „Was bedeutet Auschwitz für die zweite und dritte Nachkriegsgeneration?“ Vor allem junge Ostdeutsche konnten mit dem zum Symbol für die Verbrechen der Nationalsozialisten geronnenen Namen der polnischen Stadt nichts anfangen. Aus dem „Kreis der Ahnungslosen“, das bereitete den Soziologen berechnete Sorge, rekrutieren fremdenfeindliche Gruppierungen ihren Nachwuchs.

Doch gibt es darüber hinaus Anlaß für Befürchtungen anhaltender Unkenntnis? Muß man zusammenzucken, wenn Jugendliche, nach dem 9. November befragt, nicht „Pogromnacht“ antworten, sondern „Mauerfall“ sagen? Für Michel Friedman steht außer Frage: Dieses Land braucht eine „Aufklärungs-offensive“. Denn die Untersuchung mache deutlich: „Wir haben es mit einer Kette der Verdrängung zu tun.“

Ist also Historia keine verlässliche Lehrmeisterin mehr? Hat sich gar der aufklärerische Anspruch von Erziehung nach Auschwitz erschöpft? Und wie soll Jugendlichen etwas über den Holocaust vermittelt werden, wenn sich der türkische Mitschüler davon überhaupt nicht angesprochen fühlt, der Portugiese bei dem Thema nur mit den Achseln zuckt und der aus Afghanistan stammende Oberstufler damit nichts zu tun haben will? Haben die Jugendlichen also den Opfern des Holocaust die Solidarität aufgekündigt? Vielleicht ist es mit der Verdrängung auch ganz anders. Denn wie soll verdrängt werden, was in den Köpfen noch gar keinen Stellenwert hatte?

Kapitalismuskritik

Die nationalrevolutionäre Theoriezeitschrift „Wir selbst“ setzt auf „Grenzüberschreitungen“ zwischen rechtem und linkem Lager.

Seite 2 ■

Spätes Gedenken

In Polen ist der Umgang mit der Zeit der Nazi-Okkupation und der Shoa noch immer ein schwieriges Thema.

Seite 4 ■

Eine schnelle Mark

Gewaltverherrlichende oder volksverhetzende CDs sind für die Produzenten und Vertreiber ein lukratives Geschäft.

Seite 6 ■

Mit Gesundheit ködern

Die Sekte „Universelles Leben“ hat auf dem Markt für Bio-Agrarprodukte eine führende Stellung erobert.

Seite 9 ■

Rechte Mobilmachung

Frankreichs neue Partei „La Droite“ demonstriert gemeinsam mit dem „Front National“ gegen Homosexuelle.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund

Systemalternative

Die nationalrevolutionäre Theoriezeitschrift „Wir selbst“ präsentiert sich mit neuer Redaktion und altem Konzept.

„Grenzüberschreitungen“ zwischen den politischen Lagern sind stets das proklamierte Ziel derjenigen Fraktion der extremen Rechten gewesen, die sich selbst als „weder links noch rechts“ verortete - in Deutschland vornehmlich der nationalrevolutionären Strömung, zu der auch die seit 1979 in Koblenz erscheinende Zeitschrift „Wir selbst“ zu rechnen ist. Seit Anfang der 90er Jahre war es deutlich stiller um das traditionsreiche Blatt geworden. Nur noch selten erschienen die gediegen gestalteten Hefte, so daß man zwischenzeitlich fast vom ruhigen Ableben des Blattes ausgehen mochte.

Mitte des Jahres erschien dann nach zweijähriger Pause unerwartet eine neue Ausgabe, diesmal unter dem Leitthema „Grenzen - Leben aus dem Zwischenraum“. In einem ausführlichen Geleitwort kennzeichnet die neue Redaktion das Blatt als „einzige Zeitschrift in Deutschland, in der Linke und Rechte miteinander uneinig werden können“. Alle, „die nicht auf Gewalt setzen“, seien als Autoren der Zeitschrift willkommen. Auch der Autor dieser Zeilen wurde eingeladen, einen Beitrag zum erwünschten und erhofften Dialog „im Zwischenraum“ zu liefern.

Um Grenzüberschreitungen ideologischer Art geht es auch im Oktober erschienenen Heft 2/98 „Die Linke und die Nation“. Eine sich positiv auf die Nation beziehende Linke - gedacht ist vor allem an die PDS - als potentieller Bündnispartner? Daß auf diese Leitfrage der sächsische Stasiunterlagen-Beauftragte Siegmund Faust eine dem nationalrevolutionären Theoretiker Henning Eichberg konträre Antwort gibt, versteht sich von selbst. Während Faust in der PDS die Partei des „totalitären Alptraums“ sieht, empfiehlt Eichberg den dänischen Volkssozialisten, denen er jetzt angehört, die PDS statt der Bündnisgrünen als deutschen Partner.

Zwei Ausgaben in relativ schneller Folge sowie die Aussagen des neuen intellektuellen Motors des Blattes, des Hamburger Unabhängigen Ökologen Hanno Borchert, deuten darauf hin, daß das publizistische Flaggschiff der deutschen Nationalrevo-

lutionäre tatsächlich wieder flottgemacht wird. Inzwischen ist der Verlag des Gründers Siegfried Bublies von Koblenz nach Schnellbach umgezogen. Mit der Betreuung des neugeschaffenen Medien dienstes des „Ostpreußenblattes“ haben sich offenbar auch die finanziellen Möglichkeiten des Kleinverlages verbessert.

Bublies hatte das Blatt aus einer auf Modernisierung gerichteten Fraktion der JN heraus gegründet, die zunächst als „Grüne Zelle Koblenz“ auftrat. Die NPD verließ er als nicht mehr reformierbar bereits im Sommer 1979; sein Gastspiel als Funktionär der „Republikaner“ Ende der 80er Jahre blieb ebenfalls auf kurze Zeit beschränkt. Die Hoffnungen, diese Partei nationalrevolutionär beeinflussen zu können, hatten sich schnell zerschlagen. Mit dem Zerfall der DDR geriet das Blatt in eine unübersehbare Krise. Die günstigen Voraussetzungen aus der Gründungsphase, in der nach eigener Einschätzung die blühende Ökologie- und Friedensbewegung „Friedensbewegte, Sozialisten, Grüne und Patrioten näher zusammenrücken“ ließ, waren nicht mehr gegeben. Die nationalistischen Kräfte sahen sich als Sieger. Brückenschläge wurden für überflüssig erachtet. Erst die Ernüchterung durch die Entwicklung der 90er Jahre machte nationalrevolutionäre Entwürfe und Modelle allmählich wieder attraktiv.

■ „PDS soll neuer Partner sein“ ■

Außer Herausgeber Bublies gehören fünf Personen zur aktuellen Redaktion. Neben den schon lange zu diesem Kreis zählenden Uwe Meenen und Roland Wehl sind dies als Neulinge Elfriede Fink, Hanno Borchert und Ulrich Behrenz. Auch die „Neulinge“ können jedoch einschlägige Tätigkeiten vorweisen. Alt-Aktivist Uwe Meenen hat wie sein Chef Bublies bei der NPD begonnen und war zu den REP gewechselt. Sein Haupttätigkeitsgebiet ist der fränkische Regionalismus („Frei statt Bayern“). Roland Wehl, schon seit Mitte der 80er Jahre bei „Wir selbst“, versuchte früher in Berlin in der dortigen AG Berlin- und Deutschlandpolitik der Alternativen Liste nationalrevolutionäre Einflüsse zu verankern.

Die wichtigste Rolle von den drei Neulingen scheint der Multifunktionär der extremen Rechten Hanno Borchert zu spielen. Borchert, u.a. zur deutschen Sektion der „neu“rechten „Synergies Européennes“ gehörend, bringt eine Reihe der Mitstreiter seines Umfeldes ein und verstärkt damit zugleich die rechts-ökologische Ausrichtung des Blat-

tes. Das reicht vom naturbelassenen Öko-Urgestein Baldur Springmann über das zum Bioregionalismus schreibende UÖD-Mitglied Dieter Clemens und den bekannten Ökologen Heinrich Benjes (1996 Träger des niedersächsischen Umweltpreises) bis hin zur Zeichnerin „Brigitta von Richmar“, hinter der sich niemand anderes verbirgt als die heidnische Aktivistin Sigrid Beyer.

Benjes und Beyer sind zugleich Propagandisten der Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells. Zutreffend kommentiert „DESG-inform“: „Letztlich wäre es auch wichtig, die Lehren Gesells mit den nationalrevolutionären Theorien eines Henning Eichberg in den Jahren 60 und 70 und mit dem Gedankengut, das eine Zeitschrift wie 'Wir selbst' verbreitet hat, zu vergleichen.“ Der nationalrevolutionäre „Dritte Weg“ landete in der Vergangenheit in der Tat im Bereich der Ökonomie häufig bei den Vorstellungen Silvio Gesells, letztlich einer modifizierten Form eines radikalen Manchester-Kapitalismus, dessen Reformabsichten lediglich auf die Zirkulationssphäre zielen.

■ „Antikapitalismus von rechts“ ■

Auch Ulrich Behrenz bewegt sich aktuell im Umfeld von Borchert. Die Aktivitäten des Hamburger Ingenieurs lassen sich zurückverfolgen bis mindestens Anfang der siebziger Jahre, in denen er führend in der solidaristischen Fraktion der Nationalrevolutionäre aktiv war. Auch sein Arbeitsschwerpunkt ist die Ökologie. Im September 1989 trat er aus der ÖDP aus und arbeitete in der Folge im Arbeitskreis Energie und Umwelt der „Republikaner“ mit. Heute ist er Vorsitzender der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“ in Hamburg und aktiv in der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“. Noch immer ist der Kreis der Nationalrevolutionäre in Deutschland so klein, daß wir den Funktionären in jeweils mehreren Organisationen wiederbegegnen.

Wie die neuen Redakteure nicht für einen neuen Kurs stehen, signalisiert auch das Geleitwort von Heft 1/98 Kontinuität. Da werden eine „sich lawinenhaft ausbreitende Amerikanisierung unserer Sprache, die als ritualisierter Unterwerfungsgestus gegenüber der US-amerikanischen Siegerkultur bereits absurde Züge annimmt“, beklagt, die „durch Massenarbeitslosigkeit und Verlust an innerer Sicherheit bedrängten Bürger“ beschworen, die „ethnisch ausgerichtete Getthoisierung unserer Städte“

wie auch „eine gesamtgesellschaftliche Entsolidarisierung“ als Menetekel an die Wand gemalt und dies letztlich zum „wachsende(n) Verlust an nationaler Identität“ zusammengefaßt. Natürlich darf auch ein Verweis auf Huntingtons „Kampf der Kulturen“ nicht fehlen.

Dabei versteht sich „Wir selbst“ als systemalternative Kraft. In der Erklärung der Redaktion heißt es dazu: „Deshalb ist auch die antikapitalistische Kritik nicht tot, nur weil sie von links kaum mehr zu vernehmen ist und von rechts oft immer noch nicht verstanden wird.“ Die Schlußfolgerung aus dieser Feststellung fällt ebenso eindeutig aus: „Die Kapitalismuskritik unserer Tage wird die nationale Frage als antiimperialistisches und antikolonialistisches Motiv aufgreifen müssen, wenn sie sich nicht selbst um die in ihr angelegte sozialrevolutionäre Sprengkraft bringen will.“ Ungeachtet aller verlangten Brückenschläge von und nach links ist die ideologische Bezugnahme auf den „Antikapitalismus von rechts“ etlicher Autoren der Konservativen Revolution (z.B. dem „Tat“-Kreis) nicht zu übersehen.

„Wir selbst“ bewahrte sich seine Sprengkraft über die Jahre hinweg auch dadurch, daß immer wieder „unverdächtige“ Autoren mit zum Teil sehr leistungswerten Beiträgen gewonnen werden konnten. Dies gilt in den Heften dieses Jahres z.B. für die Aufsätze des Psychologen Hans-Joachim Maaz („Die Mauer in den Köpfen“) und der Psychoanalytikerin Thea Bauriedl („Über die Notwendigkeit von Grenzen in Beziehungen“) sowie für das Interview mit dem berühmten Kinderbuchautor Otfried Preußler. Dummheiten von links - wie die Debatte über „die Linke und die Nation“ im „Neuen Deutschland“ - erleichtern die Erweckung des Eindrucks, man wolle tatsächlich ideologische Grenzen überschreiten. Ein weiteres wichtiges Element bei diesem Vorgehen sind Wanderer von links nach rechts wie Herbert Ammon oder der Österreicher Günther Nenning, beide Autoren in der aktuellen Ausgabe.

„Wir selbst“ ist mit der neuen Redaktion dem Trend im „neu“-rechten Lager angepaßt worden. Kein neuer Kurs wurde eingeschlagen, sondern der bisherige deutlicher akzentuiert - mehr Ökologie, stärkere antikapitalistische Orientierung, mehr Raum für den spirituellen Faktor. Auch fast 20 Jahre nach der Gründung handelt es sich um einen der innovativsten und intelligentesten Ansätze von rechtsaußen. Kein Wunder, daß damit auch das Herkunftslager in Verwirrung versetzt wird, die Blattmacher als Außenseiter gelten. Jean Cremet

NS-Vergangenheit

Noch nie erinnert**Polen, Tschechen, Deutsche und der 9. November - eine Gemeinsamkeit.**

Seit Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 schien nur einmal ungewiß, ob der 9. November der Tag der Erinnerung an den Pogrom bleiben werde oder einem anderen Ereignis würde weichen müssen. Das war 1990, ein Jahr nach dem Fall der Mauer und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Geschichtsbewußte Politiker, Historiker und Publizisten stritten heftig und kompromißlos für die Erinnerung und Mahnung an das Jahr 1938. Heute ist das vergessen, niemand denkt daran, den Pogrom von '38 der Vereinigung '89 unterzuordnen. Seit 1990 gilt auch in Ostdeutschland der 9. November als Tag der Pogrome.

Damit waren aber in die Erinnerung an diesen „Test für Auschwitz“ noch immer nicht alle Gebiete einbezogen, in denen die braunen Brandstifter 1938 gewütet hatten. In Elbing an der Ostsee stand vor 60 Jahren die Synagoge ebenso in Flammen wie in Breslau, Gleiwitz, Stolp, Grünberg und anderen Orten der früheren deutschen Ostgebiete. Nicht anders war es im tschechischen „Sudetenland“, das im März 1938 von den Nazis „heimgeholt“ worden war. Während in Westdeutschland sieben Jahre nach dem Pogrom die Gedenkarbeit begann, dauerte es in Ostdeutschland 52 Jahre und in den früheren Ostgebieten 60 Jahre. Die Regierungen der Volksrepublik Polen hatten ebensowenig Veranlassung gesehen, an dieses Naziverbrechen zu erinnern, wie später das demokratische Polen.

Der 60. Jahrestag markierte eine unübersehbare Wende. Im westpolnischen Wroclaw, früher Breslau, nahm Ministerpräsident Jerzy Buzek an der Gedenkstunde für die Opfer des Pogroms teil. Gleichzeitig wurde der Grundstein für eine neue Synagoge gelegt. In Elblag (früher Elbing) wurde am alten Synagogenplatz ein „Baum der Erinnerung“ gepflanzt, in Oswiecim (Auschwitz) weihte der polnische Oberrabbiner die neue Synagoge, und in Opole (Oppeln) trafen sich der katholische Bischof von Opole, Alfons Nossol, und der evangelische Bischof der deutschen Grenzstadt Gleiwitz, Klaus Wollenweber, ein Vertreter der jüdischen Gemeinde sowie die Spitzenrepräsentanten der Stadt, um dort einen gewaltigen Basaltblock zu enthüllen,

wo 1938 eindeutscher Rabbiner seine eigene Synagoge in Brand setzen mußte.

Der Anstoß, an den Novemberpogrom von 1938 zu erinnern, war von einer polnischen wissenschaftlichen Einrichtung gekommen, die sich seit vielen Jahren bemüht, deutsche und polnische Spuren im Gebiet von Opole zu sichern: dem Instytut Slaski (Schlesisches Institut). Im Stadtrat war der Gedenkstein einhellig begrüßt worden. Die Enthüllung fiel zusammen mit der ersten polnisch-tschechisch-deutschen Tagung aus Anlaß des Pogroms. Die gemeinsame Suche nach alten und neuen jüdenfeindlichen Aktionen wurde während der Tagung leicht gemacht. Der Basaltblock war bereits vor der Enthüllung mehrfach mit Hakenkreuzen beschmiert worden, so daß der Stein zuletzt nachts bewacht werden mußte. Während die tschechische Delegation aus dem böhmischen Trutnow (früher Trautenau) in Opole die Diffamierung von Sinti und Roma schilderte, beschmierten bisher unbekannte Täter mehrere jüdische Mahnmale, Gedenksteine und Friedhöfe in Trutnov. Die deutsche Delegation unter Leitung der Evangelischen Akademien Görlitz und Mülheim/Ruhr als Mitveranstalter erfuhr aus den Medien, daß in Schwerin Hauswände und Schulgebäude mit NS-Parolen besprüht, in Berlin hakenkreuzähnliche Gebilde in ein jüdisches Denkmal geritzt und in Potsdam ein Gebäude auf dem jüdischen Friedhof schwer beschädigt worden waren.

Wie schwierig der Umgang mit der Zeit der Okkupation und der Shoa gerade in Polen ist, zeigte sich am Vortag des 9. November. Am frühen Nachmittag zog eine katholische Prozession mit vielen hundert Frauen, Männern und Kindern durch das Vernichtungslager Birkenau und machte wie bei anderen Prozessionen an besonders markanten Stellen im Lager Station, um laut zu beten und zu singen. Teilnehmer der Tagung sahen darin einen weiteren Versuch, Auschwitz und Birkenau zu katholischen Wallfahrtsorten zu machen. Die Kreuze im Stammlager, gegen die seit Jahren protestiert wird, stehen unverändert an der Kiesgrube. Bischof Nossol bekannte, auch er sei gegen diese Kreuze, doch könne die Kirche dagegen nichts unternehmen - ein Argument, das auf der Tagung nicht überzeugte. Am 12./13. Dezember veranstaltet der „Lehrstuhl für jüdische Geschichte und Kultur“ der Universität München auf Schloß Elmau eine internationale Konferenz mit dem Titel „Kommunismus, Katholizismus, Antisemitismus“, wobei auch die Kreuze in Auschwitz Thema sein werden. Kirstin Balke

NS-Vergangenheit

Gedenk-Rituale

Mehr als ein Viertel der jungen Deutschen will von den Verbrechen der Nationalsozialisten nicht viel wissen.

Michel Friedman traut seinem Impuls. Bei diesem Ergebnis könne doch wohl von „einem Zuviel an Erinnerungsarbeit“ keine Rede sein, merkt das Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland an. Das Resultat legten jetzt Forscher des Kölner Instituts für Massenkommunikation vor: Ihre Befragung von 2 179 Bürgern dieses Landes ergab, daß 22 Prozent der jungen Deutschen mit Auschwitz gar nichts mehr anfangen können. Sie wissen nicht einmal, was es mit der gleichnamigen „Keule“ auf sich hat, von der Martin Walser in der Paulskirche gesprochen hatte.

Vergleichbare Studien wie die der Kölner Wissenschaftler um den Soziologen Alphons Silbermann, der im Zusammenhang mit der Untersuchung einen dringenden Bedarf pädagogischer Aufklärung angemahnt hatte, gibt es immer mal wieder. Jahre vor dem Fall der Mauer hatte das Sinus-Institut herausgefunden, daß 13 Prozent der Wahlberechtigten „ein rechtsextremes Weltbild“ haben. Fünf Millionen Bürger vertraten die Ansicht, „wir sollten wieder einen Führer haben, so die Studie.

Die Kölner Forscher machen „die Ahnungslosigkeit“ vor allem bei jungen, noch dazu schlecht ausgebildeten Ostdeutschen aus. Dort stecke das Potential fremdenfeindlicher Gruppen. Wenn von Rechtsextremismus und von Auschwitz die Rede ist, spricht Friedman von „qualitativen Sprüngen“ zwischen der zweiten und dritten Generation nach dem Krieg, denen eine besondere Aufmerksamkeit zu gelten habe: Während die unmittelbare Tätergeneration schwieg und dennoch zumeist bruchlos in das öffentliche Leben zurückkehrte, lehnten sich ihre Kinder dagegen auf, thematisierten die Verbrechen der Nationalsozialisten und erzogen ihre Schüler im „antifaschistischen Geist“. Auschwitz wurde zu einem Symbol für das Menschheitsverbrechen der Deutschen. Die dritte Generation will aber fünf Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg davon offenbar nicht mehr viel wissen. Zumindest wenn man der Kölner Studie folgt: „Von den Angehörigen der zweiten und dritten Nachkriegsgeneration hielten 26,4 Prozent die Erinnerung für weniger wichtig und sogar für völlig unwichtig.“

Vergessen aber darf es nicht geben. Das versteht sich von selbst. Sagt Friedman auch. Manchmal strikt pathetisch. Wie kürzlich bei der Begrüßung ehemaliger Zwangsarbeiter der IG Farben, die sich in Frankfurt am Main trafen. Dann ist bei Friedman die Rede vom Gestern, aus dem sich die Verpflichtung der Heutigen für das Morgen nährt. Sätze gebaut, um sie in Stein zu meißeln. Bausteine für Ansprachen zu Gedenktagen. Ist es eigentlich das, was die Kölner Soziologen meinen, wenn sie „angesichts der gravierenden Wissenslücken“ der Jüngeren die Frage stellen, „ob das Plädoyer für die Wichtigkeit der Erinnerung nur ein pflichtbewußtes fades Lippenbekenntnis, eine von latenten Schuldgefühlen durchsäuerte Anstandsgeste oder tatsächlich ernstgemeinte Absicht mit Verbindlichkeit für sich selbst ist?“

Der 9. November - ein Jahrestag. Manche Menschen gehen zu mancher wiederaufgebauten Synagoge, lesen Texte von Zeitzeugen vor, halten einen Moment lang inne. So ist das an Jahrestagen in Deutschland. Und das lassen sich viele nun doch nicht nehmen, selbst wenn Martin Walser an diesen Tagen wieder vor der „Auschwitz-Keule“ in Deckung gehen muß. Der Schriftsteller spricht dann von „der Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“. Das wurmt ihn. Mit der Wiedervereinigung beider deutschen Staaten sollte die offene Wunde doch geschlossen werden. Eine Nation strebt nach Normalität.

Was aber ist normal? Wenn die Deutschen so werden sollen wie die Franzosen und neben Schande wieder so etwas wie Stolz empfinden können, nein wollen? Oder wenn sie sich ihre Geschichte als steten Lauf der Dinge konstruieren, in dem kein Platz mehr bleibt für „den Zivilisationsbruch“.

Irgendwie finden Friedman und der von ihm viel gescholtene Walser wieder zusammen. Beide stellen sich Geschichte als langen, wenn auch nicht ruhigen Fluß vor: Bei Friedman geht sie schlicht aus dem Gestern über das Heutige im Morgigen auf; bei Walser taucht „der Zivilisationsbruch“ beim Herannahen „der Schande“ kurzerhand ab.

So kann es gehen. Dann aber erzählen die Menschen, die dabei waren, wie es gewesen ist. Damals, als die Synagogen brannten und die Nachbarn auf ihre jüdischen Nachbarn einprügelten. Sie erzählen das ganz konkret und ohne Vorwürfe. Von einer Schande ist dabei eigentlich nicht die Rede. Und von seiner Verantwortung für das Morgen will auch kein 14-jähriger etwas hören. Die meisten von ihnen hören dann einfach nur zu. Matthias Arning

Aktivitäten**Braune machen Kohle**

Zahlreiche Aktivisten der rechtsextremen Szene versuchen, auf die Schnelle mit dem Verkauf von gewaltverherrlichenden oder volksverhetzenden CDs Geld zu verdienen. Die Polizei hat wieder einmal zum Schlag gegen die „Rechtsrock“-Anbieter ausgeholt.

Am 3. November rückten Beamte des schleswig-holsteinischen Landeskriminalamtes aus und durchsuchten fünf Wohnungen im Bezirk der Staatsanwaltschaft Lübeck. Seit einigen Monaten ermitteln die Fahnder bereits wegen Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Drei Ermittlungsverfahren wurden eröffnet. Bei der Staatsanwaltschaft hält man sich äußerst bedeckt. Nicht einmal die Orte der Durchsuchungen will der Pressesprecher auf Anfrage nennen – „aus ermittlungstaktischen Gründen“, wie Klaus-Dieter Schulz betont. Doch die Szene ist längst aufgeschreckt und informiert, denn prompt berichtet das „Nationale Infotelefon Hamburg“ via Tonbandansage und Internet über die Razzien. Staatsanwalt Schulz bestätigt, daß es zeitgleich in Berlin, Brandenburg und Rheinland-Pfalz Durchsuchungen gegeben habe. Allerdings stünden die nicht im Zusammenhang mit den Lübecker Ermittlungen. „Das war keine konzertierte Aktion. Wir sind nur in unserem Bezirk aktiv geworden“, so Schulz.

Fest steht, daß der rechtsextreme Musikverlag „Vincente Directori Publications“, der in einschlägigen Schriften mit unterschiedlichen Schreibweisen auftaucht und statt „Publications“ manchmal auch die Bezeichnung „Records“ führt, Ziel der Ermittler war. Der CD-Vertrieb mit Sitz in Glinde (bei Hamburg) und sein justizbekannter Inhaber gerieten 1997 in die Schlagzeilen, weil er die CD „Gute Zeiten – Schlechte Zeiten“ der Skinhead-Combo „Bonzenjäger“ anbot. Auf dem Silberling wurde zu bekannten Schlagermelodien gefordert: „Alle Politiker an den Galgen, alle Richter an die Wand. Jetzt kommt der Tag der Rache, euer Schicksal liegt in unserer Hand.“

In der Hand der Justiz liegt jetzt allerdings das Schicksal der braunen CD-Händler: „Zahlreiche CDs, Disketten und Unterlagen“, seien beschlagnahmt worden, erzählt der Staatsanwalt. Konkre-

ter will er nicht werden. Allerdings werde die Auswertung wohl „ein paar Wochen dauern“. Bis dahin mag er sich nicht äußern. Nur soviel: Es wurde niemand in Haft genommen.

Etwa 90 000 CDs mit volksverhetzenden oder anderen strafbewährten Inhalten beschlagnahmte die Polizei bundesweit im vergangenen Jahr. 30 in Deutschland ansässige Vertriebe für Skinhead-Artikel zählt das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz. Diese hätten neben CDs auch Fanzines, bedruckte T-Shirts, Fahnen, Aufnäher und ähnliche Dinge im Angebot. „Mit CDs machen unheimlich viele Leute Kohle“, sagt Hamburgs oberster Verfassungsschützer Reinhard Wagner. „Die hohen Verdienstspannen reizen dazu, ‘ne schnelle Mark zu machen.“ Kein Wunder: Angeboten werden die Silberlinge zwischen 20 und 30 Mark, die Kosten dürften bei zwei bis fünf Mark liegen – je nach Qualität. Meist werden die Scheiben im Ausland produziert, bevorzugt in den USA, Skandinavien oder Osteuropa. „Die Produktionskosten sind im Ausland günstiger. Außerdem macht den Herstellern hier das deutsche Strafrecht das Leben schwer“, so eine Sprecherin der Behörde.

Seit 1993 waren Polizei und Staatsanwaltschaften immer wieder mit gezielten Aktionen gegen Hersteller und Vertreiber von rechter Skinhead-Musik vorgegangen. Dies führte kurzzeitig zu einer Mäßigung in den Texten, aber auch zu einer stärkeren Verlagerung ins Ausland. Mittlerweile scheint allerdings die schnelle Mark durch den Verkauf der braunen Silberlinge weit wichtiger zu sein, als mögliche strafrechtliche Konsequenzen. Was vermutlich daran liegt, daß mit solchen Razzien nur die Spitze des Eisbergs erwischt wird. „Denen auf die Spur zu kommen ist schwierig. Die lagern indizierte CDs nicht zu Hause unterm Sofa“, betont denn auch Hamburgs Verfassungsschutz-Chef Reinhard Wagner. Torsten Borchers

**Veranstaltungshinweis**

Düsseldorf - Mit den Gefahren der Esoterik befaßt sich eine Veranstaltung, die unter dem Motto „Auf der Suche nach dem Heil - Grenzgänge zwischen Esoterik und Faschismus“ am 24./25. November vom Bildungswerk für Demokratie, soziale Politik und Öffentlichkeit (bdö) durchgeführt wird. Bürgerhaus Bilk, Himmelgeisterstr.107, 40225 Düsseldorf. Anmeldung; bdö: 0221 - 349309.

Aus der Szene

White-Power-Fans

Die braune Musikszene hat in zahlreichen europäischen Ländern ihren Markt.

In einem umfangreichen und detaillierten Beitrag mit dem Titel "White Noise" umreißt das englischsprachige Magazin "Searchlight" in seiner Oktober-Ausgabe den europaweiten braunen Musikmarkt. Demnach spielt für europäische Neonazis "die White-Power-Musik eine wichtige Rolle. Die Musikszene ist ein zentraler Bestandteil rechtsextremer Politik. Hier werden junge Aktivisten für rassistische politische Aktivitäten rekrutiert und Geld für die politischen Organisationen der Neonazis beschafft." Einer "Searchlight"-Untersuchung zufolge, sind ca. 30.000 Personen in ganz Europa in der White-Power/Skinhead-Szene aktiv. Nachstehend dokumentieren wir eine Übersicht über die Akteure und Größenordnung der Szene in den einzelnen Ländern:

- England: 400 Personen in der Szene; 13 aktive Bands; 18 Auftritte im vergangenen Jahr; durchschnittliche Besucherzahlen 120, einmal 300; politische Organisationen: Blood and Honour, British Movement, British Hammerskins; Plattenlabel: ISD Records, Independent Voice; CD-Vertriebe: ISD, Highlander, Billy Bartlett, British Hammerskins.
- Schweden: 2.000 - 4.000 Personen in der White-Power-Szene; 40 aktive Bands; sieben Auftritte 1997; durchschnittliche Besucherzahlen 75 (einmal 314); politische Organisationen: Scandinavia, Blood and Honour, Nordland; Plattenlabel/CD-Vertriebe: Nordland/88 Musik, NS 88, Ragnarock Records, Ultima Thule/Attidue Records.
- Norwegen: 100 Personen in der Szene; drei aktive Bands; zwei Auftritte im vergangenen Jahr; durchschnittliche Besucherzahlen 50; politische Organisationen: Blood and Honour; Plattenlabel: Boot Boy Records; CD-Vertriebe: NordEffekter.
- Polen: Personenspektrum 15.000-25.000; 20 aktive Bands; 15 Auftritte 1997 mit 200 bis 300 Besuchern; Organisationen: Narodowa Scena Rockowa (NSR), Blood & Honour Poland, NSDAP/AO (Polish Section), Narodowe Odrodzenie; Plattenlabel: Hard Records, Thor Records, Bulldog Records, Narodowa Scena Rockowa; CD-Vertriebe: Odlam Skiny, NaRa Service, Wolf 88, Phoenix.
- Frankreich: 1.200-1.500 Personen in der White-Power-Szene; 15 aktive Bands; 15 Auftritte im

vergangenen Jahr mit 150 bis 250 Besuchern; politische Organisationen: Blood and Honour, Nation 88, Memonal Record Plattenlabel: BOHA Records, RIP Diffusion, Pit Records; CD-Vertriebe: BOHA Records, Nation 88 Records, Europa Records, Noir et Rouge.

■ Bundesrepublik: Personenpotential 6.000-8.000; 50-80 aktive Bands; 100 Auftritte im vergangenen Jahr; durchschnittliche Besucherzahlen 300-500, höchste Zahl 1.000; politische Organisationen: NPD, Blood and Honour Deutschland, Hammerskins Deutschland; Plattenlabel: Rock O Rama, Funny Sounds GmbH, Dial Records, Hansa Records, DS Versandhandel (NPD label), Walzwerk Records, Dim Records; CD-Vertriebe: Rock O Rama/Pure Impact, Pühse Liste, Donner-Versand.

■ Niederlande: 20-50 Personen in der White-Power-Szene; vier aktive Bands; keine Auftritte 1997; politische Organisationen: Hammerskins; Plattenlabel und CD-Vertrieb: Nordisc. A.M.

■ Enttarnt

Nicht mehr anonym ist ein unter den Pseudonymen „Hagestolz“ und „Karl Murx“ im neonazistischen Thule-Mailboxnetz agitierender Vielschreiber. Es handelt sich bei ihm um den in Karlsruhe lebenden Norbert Golenia (1957 geboren), von Beruf EDV-Dienstleiter. Golenia, der bei der Bundestagswahl auf Platz 19 der baden-württembergischen Landesliste der NPD kandidierte, zeichnet sich im Thule-Netz durch äußerst aggressive und haßgeprägte Beiträge aus. Eingespeist ins Netz wurden von Golenia auch die Positionspapiere des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt. Im Thule-Netz gab der Neonazi auch seine Kenntnisse über die Aufmarschrouten bei Rudolf-Heß-Gedenkmärschen kund. Ebenso teilte Golenia mit, daß er früher „massiv Propaganda“ für die rechtsextreme Wochenzeitung „Junge Freiheit“ machte. Zumindest zeitweilig gehörte Golenia jedenfalls dem Vorstand des Vereins „Literaturkreis Baden e.V.“, wie aus dem Protokoll vom 6. Juli 1993 hervorgeht. Dieser „Literaturkreis“ setzt sich aus Leserinnen und Lesern der „Jungen Freiheit“ und „Criticon“ zusammen, und ist eng verknüpft mit der „Deutschen Hochschulgilde“, einem völkisch-elitären Akademikerclub. Kontakte unterhält Golenia auch zu der neonazistischen „Karlsruhe Kameradschaft“. Bei deren konspirativ organisierten Treffen sind bis zu 250 Neonazis aus Baden-Württemberg, dem Saarland und Rheinland-Pfalz anwesend.

Aktivitäten**Dilettantische Züge**

Wegen plumper Fälschung von Unterstützerunterschriften für die Zulassung zur Bundestagswahl ermittelt jetzt der Staatsanwalt gegen eine Kandidatin des „Bundes Freier Bürger“.

Im Juli fiel einer Mitarbeiterin des Ordnungsamtes in Kyritz (Kreis Ostprignitz-Ruppin) Merkwürdiges auf. Auf Formblättern, mit denen Wähler die Zulassung einer Landesliste des „Bundes Freier Bürger“ (BFB) unterstützten, wiesen zahlreiche Unterschriften ähnliche Züge auf. Eine anschließende Stichprobe ergab, daß von sieben Personen nur eine sich daran erinnern konnte, tatsächlich unterschrieben zu haben. Die Stadtverwaltung erstattete Anzeige wegen Urkundenfälschung, die Staatsanwaltschaft leitete ein Ermittlungsverfahren „gegen Unbekannt“ ein.

Inzwischen meint die Staatsanwaltschaft zu wissen, wer die Hand für so viele Unterschriften geführt hat. Wie Carlo Weber, leitender Oberstaatsanwalt in Neuruppin, auf Nachfrage bestätigt, wird eine Kandidatin des BFB verdächtigt. Zwar habe diese in ihrer Vernehmung kein Geständnis abgelegt. Weber ist aber sicher, daß das Gutachten eines Schriftsachverständigen nachweist, „was wir schon ahnen“.

Ins Visier der Ermittler, so Weber, geriet die BFB-Kandidatin nicht zuletzt wegen ihres „dilettantischen Vorgehens“, das „selbst einem Laien“ ins Auge gesprungen sei. Die Ermittlungen hätten nämlich ergeben, daß die Mehrzahl der Unterschriften von Mitgliedern eines Vertriebenenverbandes geleistet worden sein sollten. Dem gehörte auch die Verdächtige als Funktionärin an. „An die 100 Unterschriften“, so Weber weiter, seien auf diese Weise zusammengekommen. Nach § 107 b des Strafgesetzbuches droht für Wahlfälschungen eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten oder eine Geldstrafe von bis zu 180 Tagessätzen.

Mit einem Prozeß gegen die BFB-Kandidatin ist in diesem Jahr allerdings nicht mehr zu rechnen. Nach den Wahlen, so Weber, „ist die Luft und Eile ‘raus“. Schließlich sei das Ergebnis des BFB für die Zusammensetzung des neuen Bundestages unerheblich. Und die 1.935 Unterschriften, die für die Zulassung seiner Landesliste in Brandenburg nötig

waren, bekam der BFB dennoch zusammen. Das Ergebnis am 27. September fiel aber bescheiden aus. In Brandenburg kam die Partei auf 5.292 Erst- (0,3 Prozent) und 4.665 Zweitstimmen (0,3 Prozent); im Bundesdurchschnitt erzielte die von dem FDP-Abtrünnigen Manfred Brunner 1994 gegründete Partei lediglich 0,2 Prozent an Zweit- und 0,3 Prozent an Erststimmen.

Nicht wesentlich besser schnitt der „Bund Freier Bürger“ auch in Berlin ab. Dort erreichte er 9.138 Erststimmen (0,5 Prozent) und 5.635 Zweitstimmen (0,3 Prozent). Unter den Kandidaten auf der Landesliste befanden sich mit Markus Roscher und Torsten Witt auch zwei frühere FDP-Mitglieder. Beide gehörten 1995 zu der Stahlhelm-Fraktion im Berliner FDP-Landesverband, die zum Marsch durch die Institutionen der Liberalen ansetzte. Der Versuch seinerzeit, einen eigenen Kandidaten als Landesvorsitzenden durchzusetzen, scheiterte aber kläglich. „Trotz aller Wanderdünen“, so Carola von Braun, ehemals Fraktionsvorsitzende der FDP im Abgeordnetenhaus, „hat diese Truppe die Schallgrenze nicht überschritten“. Daß die Anhänger der Stahlhelm-Fraktion ihr FDP-Parteibuch zurückgegeben haben, hat allerdings auch andere Gründe. Sie seien „fanatisch gegen alles, was Europa betrifft“, gewesen und hätten sich mit ihrer „Mischung aus Nationalismus und Extremismus“ selbst im rechten Lager der FDP „völlig isoliert“ und zu „Parias“ gemacht.

Kein Wunder, daß die junge Garde seit Januar in den Reihen des Europakritikers Manfred Brunner mitmischte. Roscher kandidierte auf Platz 2, sein Weggefährte Witt, zugleich Mitglied im Bundesvorstand der Partei, auf Platz 6. Beide kennen sich seit gemeinsamen Tagen bei den „Jungen Liberalen“ und beteiligten sich 1994 an dem „Berliner Appell“, der vor einer „Wiederkehr des Sozialismus“ warnte. Torsten Witt gehörte Ende der 80er Jahre auch zeitweise zu den Mitarbeitern der „Jungen Freiheit“. Für das Blatt will er allerdings „lediglich Anzeigen beschafft“ haben. M.F.

**Veranstaltungshinweis**

Wuppertal - Vom 1.12. bis 13.12. wird im Autonomen Zentrum Wuppertal, Wiesenstraße 11, die Ausstellung „Unter Vorbehalt - Rückkehr aus der Emigration“ gezeigt, in der jüdisches Leben und die Rückkehr nach dem Holocaust thematisiert werden.

Sekten

Gesundheit ködern

Die Sekte „Universelles Leben“ mischt maßgeblich auf dem Markt für ökologisch angebaute Agrarprodukte mit.

Bei der Karlsruher "offerta", einer Verbraucherausstellung im südwestdeutschen Raum, offerierten vom 31. Oktober bis 8. November 600 Aussteller ihre Produkte zu traditionellen Themen wie Hauswirtschaft, Bau, Mode, Freizeit, Renovierung, Einrichtung sowie Nahrungs- und Genußmittel. Schirmherr der "offerta 98" war Walter Döring (FDP), Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

Mit dem Bekenntnis "Wir genmanipulieren nicht!" präsentierte sich auf der "offerta" auch eine Organisation namens "Gut zum Leben". Erkennungszeichen von "Gut zum Leben" (die Kundenzeitschrift trägt den Namen "Der Marktbote") ist ein Bäumchen vor der aufgehenden Sonne und dem Schriftzug "Gut zum Leben. Die Güter Neu-Jerusalem". Was die am Stand von "Gut zum Leben" zahlreichen Käuferinnen und Käufer von Vollkornbrot ohne Hefezusatz, Trockennudeln ohne Ei und vegetarischem Brotaufstrich vermutlich nicht wußten: der Messestand von "Gut zum Leben" zählt zum Wirtschaftsimperium der Glaubensgemeinschaft "Universelles Leben" mit Sitz in Würzburg.

Die laut Bayerischem Verwaltungsgerichtshof totalitär ausgerichtete Organisation trat 1977 unter der damaligen Bezeichnung "Heimholungswerk Jesu Christi" erstmals an die Öffentlichkeit. 1985 erfolgte die Umbenennung in "Universelles Leben". Der Bundestag rechnet die Organisation den sogenannten „Jugendsekten und Psychogruppen“ zu. Bekannt ist die Sekte für ihre "aggressive Behandlung von Kritikern" wie die baden-württembergische Landtagsabgeordnete Carla Bregrenzer (SPD) unlängst feststellte. Deutlich lassen sich auch antisemitische Tendenzen in den Schriften des "Universellen Lebens" festmachen. So wurde Angaben der baden-württembergischen CDU-Landtagsfraktion zufolge in einer sekteneigenen Zeitung über eine angebliche "Weltherrschaft der Illuminaten" berichtet. Darin werden auf mehreren Seiten angebliche Geheimpläne von Juden und Freimaurern zur Unterjochung der Welt "offenbart". Unter anderem wird der jüdische Bankier Warburg

als "Rothschild-Agent" und Mitglied der Weltverschwörung genannt.

Heute ist die von der 1933 geborenen "Prophetin" Gabriele Wittek geführte Sekte, "die den Anspruch erhebt, im Besitz der alleinigen Wahrheit, gerade auch gegenüber anderen Religionen zu sein" (Ministerium für Kultus und Sport Baden-Württemberg), auf allen Kontinenten vertreten. Nach Schätzungen gibt es international ca. 100.000 Anhänger, davon ca. 40.000 in der Bundesrepublik. Im deutschsprachigen Raum bestehen rund 100 lokale "Geist-Christuskirchen".

"Universelles Leben" ist neben "Scientology" die größte bundesdeutsche Sekte: ein Wirtschaftsimperium mit über 200 Betrieben; darunter landwirtschaftliche Höfe, Naturkostläden, vegetarische Restaurants und Kliniken. Selbst Kindergärten und eine eigene Schule befinden sich in der Hand der Sekte. Die Kapitalkraft der Organisation, die im bayrischen Marktheidenfeld ein eigenes Gewerbezentrum mit sogenannten "Christusbetrieben" unterhält, wird auf mehrere hundert Millionen Mark geschätzt.

■ Antisemitische Tendenzen ■

Im Mittelpunkt des sekteneigenen Gewerbezentrum in Marktheidenfeld, an der A3 zwischen Frankfurt und Würzburg gelegen, steht das Einkaufsland "Alles für Alle". In Marktheidenfeld werden auch Konzerte, Theater, Kammermusik, Literatur-Lesungen, Mode-Schauen und Vorträge angeboten. Am 29. November findet wieder ein Vortrag statt, betitelt ist er mit: "Die Krankheit sitzt im Gehirn".

Die "Gut zum Leben"-Produkte können auch aus dem 40seitigen Katalog "Lebe Gesund!" bestellt werden; Abonnements mit Gemüse der Saison, Obst und Kräutern erfreuen sich "immer größerer Beliebtheit" wie in einem der jüngsten Kundenrundbriefe kundgetan wurde.

Neben dem Direktversand ihrer Produkte präsentiert sich "Gut zum Leben" im südwestdeutschen Raum zunehmend auch auf Wochenmärkten in den Städten Böblingen, Karlsruhe, Ludwigshafen, Mannheim, Pforzheim, Rastatt, Reutlingen und Stuttgart. Die baden-württembergische CDU-Landtagsfraktion geht gar davon aus, daß "Gut zum Leben" bereits ca. "ein Drittel" des Marktes an ökologischen Agrarprodukten kontrolliert.

Anton Maegerle

Ausland

Rechte macht mobil

In Paris wurde vor kurzem die neue Parteiformation „La Droite“ gegründet. Am selben Tag demonstrierten auch Zehntausende Ultrarechte gegen verbesserte Gesetze für Homosexuelle.

Die Gründungsversammlung der neuen Formation „La Droite“ („Die Rechte“) wurde am Samstagmorgen, den 7. November um 10.00 Uhr in den Messehallen an der Pariser Porte de Versailles eröffnet. Die Halle war mit dem Emblem von „La Droite“ - eine aufgehende Sonne vor blauem Hintergrund - ausgeschmückt, während im Saal eine Stimmung wie auf einem Konvent amerikanischer Stimmung herrschte: viel Getröte, viel Spektakel, zahllose Schilder mit der Aufschrift „Millon, Courage“ wurden hochgehalten. Am Samstag erschienen zur Statutendiskussion nur 1.300 Mitglieder, aber am Sonntag strömten dann gut 5.000 Anhänger zur politischen Kundgebung mit Millon.

Millon, der Gründer und Übervater von „La Droite“ (vgl. BNR 15 /98), hat erstmals die Scheinwerfer der politischen Öffentlichkeit auf sich gezogen, als er sich in diesem Frühjahr mit den Stimmen des rechtsextremen „Front National“ (FN) zum Lyoner Regionalpräsidenten wiederwählen ließ. Mit diesem innenpolitischen „Tabubruch“ zog er den Zorn der bürgerlichen Parteiführungen auf sich, und sein Ausschuß aus dem konservativ-liberalen Parteienbündnis UDF folgte auf dem Fuße. Seither trommelt er die Enttäuschten der bürgerlich-konservativen Parteien unter der Fahne von „La Droite“ zusammen, die als Gründungsprojekt erstmals im April öffentlich präsentiert wurde.

Zu den Stargästen des Gründungskongresses zählte auch die zum Umfeld des Opus Dei zählende christdemokratische Abgeordnete Christine Boutin, Mitglied der UDF-Fraktion und Oberhaupt der parlamentarischen „Lebensschützer“-Lobby. Boutin hatte in den Parlamentsdebatten um den PACS - das derzeit debattierte Projekt des „zivilen Solidaritätspakts“, welcher homosexuellen und anderen unverheirateten Paaren verschiedene materielle Vorteile, die bislang dem Status der Ehe vorbehalten waren, ermöglichen soll - für Aufsehen gesorgt, nachdem sie Mitte Oktober in der Nationalversammlung die Bibel gegen den PACS geschwenkt

hatte. Die katholische familienpolitische Lobby ist überaus gut vertreten bei „La Droite“. Nach einer Debatte um das Stimmrecht für Familien wurde schließlich in den Statuten das Recht verankert, daß die Delegierten für abwesende Familienmitglieder über bis zu zwei zusätzliche Stimmen verfügen können. Die Forderung nach dem „Familienstimmrecht“ auch bei allgemeinen politischen Wahlen wird vom FN, namentlich von seinem katholischen Flügel, schon seit langem erhoben.

Ansonsten gibt sich „La Droite“ liberal, vor allem in sozialer Hinsicht, denn „jeder ist für sein Schicksal verantwortlich, allein verantwortlich“, tönt der Chefredakteur des internen Mitteilungsblatts, Jean Bothorel. Um Ultra-Katholizismus und Wirtschaftsliberalismus miteinander zu vereinbaren, haben die Gründer der neuen Formation eigens einen weitgehend unbekannten Begriff ausgegraben, den der christliche Philosoph Emmanuel Mounier kreiert hatte, den „Personalismus“. „La Droite“, so führte Millon in seiner Abschlußrede aus, sei „personalistisch“, was ungefähr bedeutet: für den wirtschaftlichen und sozialen Individualismus, für die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme, gegen den Wohlfahrtsstaat.

Die Mitgliederzahl gibt „La Droite“ derzeit mit 22.500 an, wobei die Echtheit dieser Zahl durch notarielle Beitritte kontrolliert werde. Ohne Zweifel sind darunter zahlreiche enttäuschte Mitglieder des konservativen Lagers. Damit verfügt die neue Formation über ein beachtliches Potential, dessen Mobilisierungsfähigkeit sich freilich noch erweisen muß, da der Altersdurchschnitt hoch ist: 8.500 Rentnern stehen 410 Studenten gegenüber.

Natürlich ist „La Droite“ auch bei der gleichzeitig stattfindenden Demonstration gegen den PACS vertreten, deren Erfolg von einem der Führungsmitglieder am Samstagabend triumphierend von der Bühne herab verkündet wird. Mit zunächst 60.000, später 130.000 geben die Veranstalter - eine Reihe rechtskatholischer Familienverbände - die Teilnehmerzahl an, mit 7.200 die Pariser Polizei. Und es sind tatsächlich sehr viele, die am Montparnasse-Bahnhof vorbeiziehen, darunter auch eine beachtliche Anzahl von Jugendlichen - ersichtlich aus den wohlhabenden Vierteln. Am Schluß der Demonstration marschiert der „Front National“, der seine Präsenz seit einer Woche via Presse angekündigt hatte, als einzige offen auftretende politische Partei unter dem Slogan „Die französischen Familien zuerst!“. Bernhard Schmid

Aktivitäten

Musterdemokraten

Der rechtsextreme Publizist Rolf Eibicht empfiehlt seinen Gesinnungskameraden, sich gesetzestreu zu verhalten.

Bodo Hombach, Chefberater Gerhard Schröders, hat der neuen Koalition als Ziel „die Politik der neuen Mitte“ vorgegeben. Der „neuen“, denn die SPD war ja angetreten Kohls Koalition der Mitte abzulösen. Vergangen ist die Zeit, als man die großen Parteien als „die Rechte“ und „die Linke“ einander gegenüberstellte. Überdies sind FDP und Bündnis 90/Die Grünen bestrebt, sich als der Mitte des politischen Spektrums zugeordnete Parteien zu definieren. Es bedarf hier nicht des Nachdenkens, ob die - scheinbar - identische Standortbestimmung die zwangsläufige Annahme einer Austauschbarkeit des Ideologiebestandes der demokratischen Parteien zur Folge hat. Wichtig ist für einen Dienst, der sich mit Parteien jenseits der sich in der „Mitte“ verortenden Parteien auseinandersetzt, daß infolge dieser neuartigen Standortbestimmung die Koordinaten des politischen Systems insgesamt verschoben worden sind, womit der Platz der bisher als extreme Rechte definierten Parteien gleich hinter der Mitte beginnt. Nun haben die extremen Parteien im Regelfalle nie den ihnen zugewiesenen Standort akzeptiert. Im Gegensatz zur NPD, die sich zu ihrer Radikalität bekennt, haben die „Republikaner“ und die DVU - letztere zumindest in ihrem Programm - stets Wert darauf gelegt, als Bekenner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu gelten.

Rechtzeitig vor der Bundestagswahl trat Rolf-Josef Eibicht an mit dem „Versuch ..., die Deutsche Rechte in allen Organisationen zu einem gemeinsamen Vorgehen zu ermutigen“. Sein Appell an die deutschen Patrioten - versehen mit dem historischen Datum „20. Juli 1998“ - , zur Bundestagswahl die DVU als „einzig aussichtsreiche Formation, die Aussicht auf Erfolg hat“, zu unterstützen, war ein kühnes Unterfangen, das ebenso gescheitert ist wie die Appelle eines Peter Dehoust mit „Nation+Europa“, des eifrigsten Trommlers für die vereinigte extreme Rechte. Mit besonderem Interesse nimmt man zur Kenntnis, daß Eibicht eigentlich ein Vorwort von Heinrich Lummer vorgesehen hatte, von dessen Abdruck aber abgesehen wurde, weil der Verfasser nun doch „den Schwerpunkt seiner poli-

tischen Betätigung ... (in) der Union sieht“. Auf diesen Beitrag zur Erneuerung der CDU darf man gespannt sein. Eibicht läßt sein Buch aber an diesem Mangel nicht scheitern, zumal er als Autor davon profitieren kann, daß er seine Werke im eigenen Kyffhäuser-Verlag herausbringen kann. Leider entgeht das neue Werk „Deutschlands Rechte - Ordnungs- und Gestaltungsauftrag“ dadurch der kritischen Wahrnehmung eines Lektors, weshalb man sich nun mühsam durch ein vielfach unsägliches Deutsch, mit grausamen Schachtelsätzen und vielen Schreibfehlern, hindurcharbeiten muß.

Eibicht, der das Potential der Rechten - er nennt sie die „demokratische deutsche Rechte“ - auf 15 bis 20 Prozent beziffert (S.126), liefert aus vertrauten Versatzstücken das Bild eines seit Jahrhunderten vom Ausland verfolgten Deutschland. Es verblüfft, daß sein historischer Rückblick auf die deutsche Politik ohne Erwähnung von Kaiser Wilhelm II. wie Adolf Hitler auskommt. Zum Dritten Reich und dessen Niederlage erfahren wir, daß Polen einen Krieg mit Deutschland wollte und der deutsche Angriff auf die Sowjetunion „eine Reaktion auf den sowjetischen Aufmarsch war“. Diese Bössartigkeiten gegen Deutschland setzten sich nach dem Krieg, unterstützt durch den Haß der Parteien gegen alles Nationale, fort und mündeten in die europäische Einigung. „Mit übelsten politischen Methoden wird die Deutsche Rechte in die Sozialunwirksamkeit getreten. Politische Brutalität im Zeichen der Demokratie, diffiziler, hinterhältiger und widerwärtiger noch als in einer Diktatur.“ „Die Unterdrückung und Ausgrenzung der Deutschen Rechten ist ein Verbrechen an der Demokratie“. Eibicht rät nun seinen Genossen, dieser Diskriminierung zu entgehen, indem man „nicht mehr durch unbedachte Handlungen oder Meinungsäußerungen Vorwände für feindliche Angriffe von Staatsorganen“ liefert, mit anderen Worten, indem man sich einfach gesetzestreu verhält (S.119). „Der Dienst am Nationalen beginnt ... mit der strikten Anwendung und konsequenten Durchsetzung des demokratischen Imperativs. Das alles überlagern die demokratische Pflichtgebot“ (sic!; S. 149).

Damit nach 150 Seiten das opus magnum nicht enden muß, fügt Eibicht nicht nur Bewährtes aus seiner Hommage auf Hellmut Diwald an, auch Aufgüsse seiner Werke über das Schicksal der Sudentendeutschen und läßt Harald Kindl, Helmut Schröcke, Emil Schlee sowie Gerhard Frey zu Wort kommen.

Ausführlich geraten die „biographischen Angaben“, vier Seiten Eibicht, drei Seiten Kindl, im-

merhin eine Seite Schröcke, von dem wir erfahren, daß er nicht nur Mitglied des Witikobundes ist, sondern „seit 1991 in >>Who is who in the World<<“, steht. Den Abschluß des 474 Seiten starken Werkes bilden 100 Seiten Nachdrucke von Verlagsanzeigen, Rezensionen und schließlich zwei in Slipcase abgedruckte Gedichte Eibichts (Zitate: „Du mußt Dein Leben ändern“; „Wir können es weder halten noch fassen, den Tod hat noch keiner besiegt.“). Ob Eibichts Traum, die deutsche extreme Rechte zu einen, gelingt, muß man nach der mühseligen Lektüre seiner laut Klappentext „Studien zur Verbrechen an der Demokratie“ allerdings stark anzweifeln.

Klaus-Henning Rosen

Rolf-Josef Eibicht: Deutschlands Rechte - Ordnungs- und Gestaltungsauftrag, 490 Seiten, München 1998.

Bücherschau

Deutungsmuster

Die mitunter heftig geführten Kontroversen um die Deutung und Interpretation des Nationalsozialismus komprimiert darstellen, will das von dem Berliner Historiker Wolfgang Wippermann verfaßte Buch „Umstrittene Vergangenheit“. Im Unterschied zu anderen Einführungsbänden geht der Autor an das Thema problemorientiert heran, d. h. er stellt die unterschiedlichen Auffassungen ins Zentrum der Betrachtung, beschreibt und kommentiert sie jeweils sowohl hinsichtlich ihrer politischen als auch wissenschaftlichen Aspekte und schaltet seinen diesbezüglichen Ausführungen eine kurze Darstellung der historischen Entwicklung voran.

In acht Kapiteln werden jeweils die historischen Fakten referierend, und anschließend die Kontroversen kommentierend beschrieben. Diesen Darstellungen vorangestellt ist ein Überblick zu den Deutungen des Dritten Reiches von den Anfängen bis heute, welches die Diskussion über den „deutschen Sonderweg“, den „Totalitarismus“, die „Polykratie“ und die „Moderne“ Revue passieren läßt. Danach behandelt Wippermann entsprechend seiner Konzeption folgende Themen: Errichtung der terroristischen Diktatur, Außenpolitik und Kriegsführung, Sozial- und Wirtschaftspolitik, Jugendpolitik, Frauen und Nationalsozialismus, Verfolgung von Juden und anderen Opfern sowie Kirchenkampf und Widerstand. Im Anhang findet sich ein kommentiertes Literaturverzeichnis.

Das Urteil über das Werk fällt ambivalent aus: Einerseits liefert Wippermann eine Fülle von Infor-

mationen in gut strukturierter Form mit weiterführenden Hinweisen. Dadurch erhält jeder Leser einen kenntnisreichen Überblick zur sicherlich auch zukünftig kontrovers diskutierten nationalsozialistischen Vergangenheit. Zwar sind viele Äußerungen und Kommentierungen knapp gehalten und wirken für die Kenner der Materie oberflächlich, allerdings kann dies dem Autor angesichts der Konzeption des Bandes als zusammenfassende Überblicksdarstellung nicht zum Vorwurf gemacht werden. Gleiches gilt für die Betonung eigener Positionen und Standpunkte in der Debatte, die Wippermann nicht verschweigt und auch nicht hätte verschweigen sollen. In diesem Kontext weist der Autor denn auch zutreffend auf die analytische Fruchtbarkeit der Bonapartismustheorien zur Erklärung des Weges zum Dritten Reich (vgl. S. 32) hin, ein klassischer - nicht notwendigerweise nur unorthodox-marxistisch geprägter - und rezipierbarer Ansatz, der die Diskussion und Forschung in der Tat bereichern kann. Beachtung und Lob verdient auch, daß Wippermann die politischen Aspekte der Diskussion ausdrücklich thematisiert.

Andererseits - um nun zu den kritischen Anmerkungen zu kommen - überbetont er aber diesbezügliche Aspekte, etwa dann wenn er mit der Totalitarismuskritik einhergehende vergleichende Betrachtungen mit anderen diktatorischen Systemen als Relativierung mit dem Ziel der letztendlichen Wiedergewinnung einer konservativen politischen Hegemonie in Zusammenhang bringt. Dabei setzt sich dann der Autor nicht näher mit dem wissenschaftlichen Gehalt diesbezüglicher Ansätze auseinander und berücksichtigt diesen auch nicht als konstruktives Moment für die Forschung. Bei derartigen Äußerungen entschlüpfen Wippermann mitunter apodiktische Setzungen ohne nähere Begründungen. In manchen Fällen wirken sie überzeugend, wenn er etwa die Auffassung von der Deutung der Judenvernichtung als außerhistorisches nicht erklärbares Phänomen ablehnt (vgl. S. 28f). In anderen Fällen reduziert er polemisch Ansätze anderer Wissenschaftler auf die Reproduktion von Stammtisch-Diskursen in der Wissenschaft (vgl. S. 30f.) oder er verweigert sich der Analyse von Aspekten der Moderne im Nationalsozialismus aufgrund des positiv konnotierten Begriffs (vgl. S. 166), der aber in der wissenschaftlichen Literatur ausdrücklich nicht normativ, sondern empirisch gemeint ist.

Armin Pfahl-Traugher

Wolfgang Wippermann, Umstrittene Vergangenheit. Fakten und Kontroversen zum Nationalsozialismus, Berlin 1998 (Elefanten Press), 316 S., 39,90 DM.

Bücherschau**Hitlers Wiener Jahre**

Hitler hat seinen Lebenslauf frühzeitig retuschiert. Alles kleinkarierte, peinliche, sektiererische hat er aus den Archiven nehmen lassen und dann eine eigene Legende aufgebaut. Brigitte Hamann hilft in „Hitlers Wien“ dem Mangel an authentischem Material durch eine Schilderung des Kontextes ab, der Hitler geprägt hat. Sie dokumentiert das Milieu im Männerwohnheim, in dem Hitler Unterschlupf fand, die Massenveranstaltungen, die ihm nicht entgangen sein können, die Opernaufführungen, die er besucht hat, die völkischen Kleingruppen und Blättchen, die in seiner Umgebung zirkulierten, und sie konfrontiert dieses Material mit Hitlers heroisierenden Selbstdarstellungen in „Mein Kampf“ und seinen Reden und Gesprächen. Hamann zeigt an Beispielen, daß vieles von Hitlers später Rhetorik aus in dieser Wiener Zeit „angelesenen Phrasen“ bestand.

Hitler besuchte Parlamentsdebatten. Hamann schildert die fremdenfeindliche Aggressivität der Alldeutschen, die sich im Reichsrat und der Presse austobte. In einer der Debatten schlug ein Alldeutscher vor, Zigeuner durch eine Tätowierung am Arm identifizierbar zu machen. Es wird kaum nachweisbar sein, ob dieser Vorschlag die Tätowierungen der SS in den KZs vorgegeben hat, aber die Gesamtheit des von Hamann vorgelegten Materials beweist, wie stark Hitler in Wien geprägt wurde.

Hamanns Spürsinn, der auf die wenigen in Wien übriggebliebenen Archivquellen gerichtet ist statt auf die aktuelle internationale Hitlerforschung, fördert Haushaltsbücher, Rentenakten und ähnliches zu Tage, die es erlauben, Hitlers Vermögensverhältnisse zu rekonstruieren. Hamann schießt aus dem Material, daß Hitler in Wien noch kein Antisemit gewesen sei.

Ein wichtiges Buch, nachdem frühere Biographen Informationslücken durch Spekulationen ausgeglichen haben. Man hätte sich allerdings gewünscht, daß der Verlag bei dieser nachgeschobenen Taschenbuchausgabe mit dem Aufkleber „Bestseller“ sorgfältiger mit dem Literaturverzeichnis umgegangen wäre.

Friedrich Paul Heller

Brigitte Hamann: Hitlers Wien, Piper-Verlag, München, 26,90 DM, 652 S.

Ausland**Ablösungsprozeß**

Paris - In einer Tiefphase, die sich allerdings als vorübergehend erweisen dürfte, befindet sich derzeit der französische „Front National“. Diese ist offenkundig dem anhaltenden Hahnenkampf der beiden Rivalen um die innerparteiliche Macht geschuldet. Jean-Marie Le Pen, der alternde Gründer und Präsident der rechtsextremen Partei, und Bruno Mégret, bisher „Nummer Zwei“ und Chefideologe des „Front National“ ringen seit Monaten erbittert um die Führung.

Le Pen, der sichtlich an Geisteskräften abbaut und in seinem Niedergang ein wenig an Boris Jelzin erinnert, sich aber krampfhaft an seinem Sessel festklammert, gibt in diesem Streit von Tag zu Tag peinlichere Stellungnahmen ab. So erklärte er vor wenigen Tagen in einem Interview mit „France Soir“, haarscharf an der Frage des Interviewers vorbei, wenn seine Linie von einigen Kadern der Partei nicht geteilt würde, dann liege dies daran, „daß sie nicht gut verstanden haben, was ich will“. Und weiter wörtlich: „Weil sie weniger intelligent sind als ich, weniger politisch als ich, weniger intuitionsbegabt als ich.“ Während „der Alte“, wie ihn einige FN-Funktionäre hinter vorgehaltener Hand nennen, sich so zunehmend lächerlich macht, wagt es oder schafft es Bruno Mégret noch nicht, ihn endgültig zu entthronen. Laut einer Umfrage des „Figaro-Magazine“ vom zweiten Novemberwochenende ist der FN derzeit in der Gunst der öffentlichen Meinung von 15 auf sieben Prozent positiver Äußerungen gefallen. Jede Schadenfreude könnte sich hier freilich als voreilig erweisen: nach einer Übergangsphase, deren Dauer man heute noch nicht abschätzen kann, dürfte der knallharte Ideologe Bruno Mégret die Partei übernehmen - und damit droht kein polternder Radikalismus à la Le Pen mehr, sondern ein kühler und auf strategisch durchdachte Weise handelnder Rechtsextremismus, der dann für Bündnisse mit anderen politischen Formationen bereit wäre.

B.S.



München - Die Staatsanwaltschaft München hat inzwischen offiziell gegen Le Pen ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet. Geplant ist ein Rechtshilfegesuch an die französischen Behörden, die Le Pen vernehmen sollen.

Meldungen

■ **Berlin** - Nach mehrjähriger Pause meldete sich der einstige „Chefideologe“ der „Jungen Freiheit“ Roland Bubik (28) wieder einmal in der rechtsextremen Wochenzeitung zu Wort. Unter der Überschrift „Rechte nach der Wahl“ räsoniert der Diplom-Kaufmann über die Situation von CDU/CSU, BFB und „Republikaner“ nach der Bundestagswahl. Den beiden letztgenannten Parteien empfiehlt der einstige REP-Aktivist Bubik „eine seriöse Sammlung aufzubauen“. Bubik selbst, ehemaliger Stipendiat der CDU-nahen „Konrad-Adenauer-Stiftung“, ist seit 1996 als Unternehmensberater in Königstein/Taunus überaus erfolgreich tätig.

■ **Bielefeld** - Das Landgericht Bielefeld hat ein Urteil gegen den notorischen Rechtsextremisten Udo Walendy bestätigt. Demzufolge muß der einstige NPD-Chefideologe Walendy - wie bereits das Amtsgericht Herford im Mai 1997 entschieden hatte - wegen Leugnung des Holocaust in der von ihm herausgegebenen Schriftenreihe „Historische Tatsachen“ eine 14monatige Haftstrafe ohne Bewährung absitzen.

■ **Bienenbüttel** - Im Neonazi-Skinzine "White Unity" aus dem niedersächsischen Bienenbüttel ist ein Beitrag (Nachdruck) über den Führer-Stellvertreter Rudolf Heß nachgedruckt. Der Autor des Artikels "Der Geist von Spandau" zieht das Fazit, daß die Alliierten "in der Behandlung von Heß" ihre "historische Unschuld verloren" hätten. Denn: "Nemesis, Göttin der Rache, duldet nicht, wenn Angeklagte sich als Ankläger und Richter aufspielen. Die Vergangenheit ist noch nicht beendet." Autor des zweiseitigen Artikels ist "Hendrik van Bergh"; dieser heißt in Wirklichkeit Friedrich Ernst Berg-hoff und war langjähriger Pressereferent des Bundesamtes für Verfassungsschutz und später Autor für rechtsextreme Verlage wie den "Türmer-Verlag" aus Berg am Starnberger See.

■ **Erlangen** - Enttarnt wurde kürzlich ein unter dem Pseudonym „Schinderhannes“ im neonazistischen Thule-Netz agitierender Vielschreiber. Der 45jährige heißt in Wirklichkeit Hans-Josef Mack und kommt aus Grasellenbach im Odenwald.

■ **Fulda** - Der antiklerikale "Ahriman-Verlag" (auch bekannt als "Bund gegen Anpassung" oder "Bund zur Verbreitung unerwünschter Einsichten") aus dem südbadischen Freiburg, dessen Aufkleber "Fünf Milliarden sind vier zu viel. Bevölkerungs-

reduktion ist der beste Umweltschutz. Gilt auch für Europa" eine deutliche Sprache spricht, veranstaltet am 1.Dezember in der Jüdischen Gemeinde Fulda eine Lesung. Ein Bert Wallace liest aus dem Buch "Der Sturm zieht auf. Die Lebenserinnerungen eines deutschen Juden bis zu seiner Flucht 1939". Der im Frühjahr 1983 gegründete „Ahriman-Verlag“ unterstützte zeitweilig die „Republikaner“. In der verlagseigenen Reihe "Ketzerbriefe" ("Nichtantwort beweist NATO-Postzensur") wurden "verfolgte Minderheiten" wie die "Republikaner" (REP), zu deren Wahl man auch schon aufrief, gegen die "Lügenpresse" verteidigt. So durfte sich der ehemalige Parteichef Schönhuber in einem Exklusivinterview auf 15 Seiten ausbreiten. Solidarisch erklärt man sich auch gegenüber Scientology wegen "Vernichtung einer religiösen Minderheit".

■ **Hamburg** - „Die Deutschen Konservativen e.V.“ haben Anfang November von sich reden gemacht. Die mit dem CDU-Politiker Heinrich Lummer (65) und dem Pfarrer Winfried Pietrek geplante Israel-Reise des rechtsextremen Vereins mußte kurzfristig ausfallen. Israel hatte der Delegation schlicht die Einreise verweigert, so daß die Truppe des wegen Volksverhetzung verurteilten Joachim Siegerist bei einem Zwischenstopp in der Türkei das Flugzeug verließ. Als nächste Veranstaltung steht ein „Mini-Wochenendkongreß“ vom 2. bis zum 30. November im hessischen Oberorke (Kreis Waldeck-Frankenberg) an. Vom 21. bis zum 26. Dezember 1998 ist dann ein „Weihnachstreffen unter gleichgesinnten Freunden“ der „Deutschen Konservativen“ in einem Hotel in Garmisch-Partenkirchen für 25 Personen geplant.

■ **Hamburg** - Was jahrelange Ermittlungen nach sich zog und in 40 Aktenordnern vermerkt ist, endete jetzt mit einer Geldstrafe von DM 1.350 Mark für Henry Fiebig. Der 34jährige Hamburger war Mitglied der inzwischen verbotenen FAP und „Nationalen Offensive“. Die Bundesanwaltschaft ermittelte gegen den Waffennarren sogar wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung“. Übrig geblieben ist ein Verstoß gegen das Waffengesetz. Fiebig hatte in Hamburg nach Auszug aus seiner Wohnung hinter der Küchenspüle einen Sprengsatz vergessen, den er dort deponiert hatte. Vor dem Hamburger Amtsgericht gab der jetzige Sozialhilfeempfänger zu, bereits 1991 mit Waffen gebastelt zu haben. Er wurde seitens der Ermittlungsbehörden immer wieder in Zusammenhang gebracht mit der Broschüre „Eine Bewegung in Waffen“. Darin wird der Bau von Brandsätzen erläutert, das Leben in

der Illegalität beschrieben und zum Töten politischer Gegner aufgerufen.

■ **Köln** - Manfred Rouhs, Herausgeber der rechts-extremen Zeitschrift "Signal" (zuvor: "Europa Vorn") hat ausgeplaudert, daß der Ex-REP-Bundesvorsitzende Franz Schönhuber Ende Oktober auf Einladung des Siegerner REP-Kreisvorsitzenden vor rund 150 REP-Parteifunktionären und Mitgliedern aus Nordrhein-Westfalen ein Referat gehalten hat. An der Veranstaltung soll laut Rouhs der "halbe nordrhein-westfälische REP-Landesvorstand" teilgenommen haben. Schönhuber referierte über seinen letzten Besuch bei Jean-Marie Le Pen, dessen "Front National" (FN) er den "deutschen Patrioten" als Vorbild empfahl. Beifall bekam er Rouhs zufolge auch vom stellvertretenden nordrhein-westfälischen REP-Landesvorsitzenden Reinhard Wnendt, "der zu Schönhubers Darstellung abenteuerliche Episoden aus dem Innenleben der Republikaner beisteuerte."

■ **Mainz** - In der Oktoberausgabe der von der Neonazi-Knastorganisation HNG herausgegebenen „HNG-Nachrichten“ findet sich wieder einmal die „Schwarze Liste“ der säumigen Beitragszahler. Dieses Mal umfaßt die Liste bereits 35 Personen. Zu den Schuldnern der braunen Organisation zählen der Kölner „Anti-Antifa“-Aktivist Benjamin Oster sowie die ehemaligen Führer der neonazistischen „Deutschen Nationalisten“ Ilias Casteas und Michael Petri, der bereits im Herbst 1995 seinen Ausstieg aus der Szene angekündigt hatte. Für die nächste Ausgabe der HNG-Nachrichten ist die Veröffentlichung einer weiteren Liste angekündigt. In der aktuellen Nummer findet sich auch der Hinweis auf den Aufbau einer rechtsextremen Erste-Hilfe-Gruppe für Demonstrationen unter dem einprägsamen Namen „Das Braune Kreuz“. „Wir sind mit Armbinde, Tuch und Sanitätertasche versehen, welche das braune Kreuz tragen. Für die Schulungen und die vollständige Ausstattung unserer Helfer benötigen wir noch weitere Spenden.“ Einem Sponser wird für eine „namhafte Summe“ gedankt. Die „jugendliche Kameradschaft Saar-Pfalz“, so der HNG-Vorstand, habe bei der Durchführung von Musikveranstaltungen, Wochentreffen und weiterer Aktivitäten Geld für die Organisation gesammelt.

■ **Mannheim** - Am 4. November wurde das Berufungsverfahren gegen den ehemaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert vor der 11. Strafkammer des Mannheimer Landgerichts eröffnet (vgl. BNR 21/98). Gleich am ersten Verhandlungstag am LG

Mannheim stellte Deckert den Antrag, die Verhandlung zu vertagen. Aufgrund eines laufenden Ermittlungsverfahrens der Mannheimer Staatsanwaltschaft gegen Deckerts Pflichtverteidiger Ludwig Bock (56) sei nicht gewährleistet, daß Rechtsanwalt Bock ungehindert die Verteidigung des Angeklagten ausüben könne. Die Vorsitzende Richterin Renate Hubb lehnte den Antrag jedoch ab. Voraussichtlich erst im nächsten Jahr wird entschieden, ob gegen Bock eine Anklage wegen Volksverhetzung, die auf den Inhalt eines Antrags von Rechtsanwalt Bock aus einem früheren Deckert-Prozeß zurückgeht, zugelassen wird. Unter den anwesenden Anhängern von Deckert befanden sich Eric Rössler, Deckerts rechte Hand, der Skinhead Stefan Speth und der NPD-Aktivist Friedel Schmidt. Ein von Deckert selbst angemeldeter und von der Stadt verbotene Fackelzug in Bruchsal anläßlich des dritten Jahrestages seiner Inhaftierung am 7. November wurde vom Verwaltungsgericht Karlsruhe untersagt.

■ **München** - Die 18. Strafkammer beim Landgericht München I hat entschieden, daß die Verurteilung der langjährigen Münchner NPD-Kreisvorsitzenden Renate Werlberger (43), die seit 1989 dem bayerischen NPD-Landesvorstand angehört, wegen des Aufrufs zu einer verbotenen Demonstration rechens ist. Die Strafkammer bestätigte damit ein Urteil des Amtsgerichts vom Februar. Im Strafmaß blieb die Berufungskammer jedoch hinter dem Ersturteil zurück. Das Gericht ermäßigte die Geldstrafe von 1 500 Mark auf nunmehr 600 Mark.

■ **Münster** - Angaben von "Perspektive", dem "Internet-Magazin des Nationalen Widerstandes" zufolge, ist der Neonazi und einstige FAP-Funktionär Erhard Kemper „vor der BRD-Justiz untergetaucht“. Der 69jährige Kemper (Pseudonym "Germanicus") war im September vom Amtsgericht Münster wegen Volksverhetzung zu 10 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden und sollte nun seine Haft antreten. Hetzerische Beiträge des Rentners finden sich u.a. in den Neonazi-Blättern "HNG-Nachrichten", in "Einheit und Kampf", in den "Huttenbriefen", in "Recht und Wahrheit" und in der Internet-Ausgabe der "Berlin-Brandenburger Zeitung" (BBZ). Dort forderte er in einem Beitrag über "Die innenpolitische Lage der BRD": "Es ist höchste Zeit, daß in Deutschland politische Köpfe rollen." Vor dem Abtauchen in den Untergrund schickte Kemper noch eine "Begründung" an die Staatsanwaltschaft, die den "Perspektive"-Machern "anonym zugespielt wurde". Darin ruft Kemper,

früher Korrespondent für die spanische Nazi-Zeitschrift "Cedade" seine Kampfgefährten zum "reinen legalen Widerstand nach Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz" auf. Kemper hofft, daß dieser Widerstand „Nachahmer“ findet, die „den Mut haben, um Wahrheit und Freiheit ... zu kämpfen und auch, um die größer werdende Zahl der politischen Gefangenen in der sogen. >BRD< aus ihren Kerkern zu befreien.“ Kemper, bekennender Holocaustleugner, beschwört: "Lieber 100 Jahre im Gefängnis - als 1.000 Jahre an eine Lüge glauben (müssen)!"

■ **Stuttgart/Vilsbiburg** - Der Landesvorsitzende der „Republikaner“ in Baden-Württemberg, Christian Käs, hat erst im zweiten Anlauf die Wahl zum Fraktionsvize der REP im Landtag geschafft. Beim ersten Wahlgang hatte Käs nicht die erforderlichen Stimmen erhalten. Der Parteitag der „Republikaner“ wird jetzt voraussichtlich am 20./21. November in Felden-Hinterkirchen bei Vilsbiburg in Niederbayern in der Tennenhalle stattfinden. Wichtigster Programmpunkt ist die Neuwahl des gesamten Parteivorstandes.

■ **Waldsee** - "Staatsfeind", die "Stimme der Anti-Antifa im Kurpfalz Gebiet", heißt ein neonazistisches Blättchen, das über Umtriebe im Großraum Mannheim/Ludwigshafen informiert. Herausgeber ist Ronnie Reimer aus Schifferstadt, zugleich Macher des Skinzines "Südwestwind", das quasi als Sprachrohr der Neonazi-Hooligan-Fraktion des SV Waldhof Mannheim fungiert. Berichtet wird in der aktuellen Ausgabe (Nr.2, 1.Jg.), daß der Staatsschutz in der Mannheimer Szenekneipe "Schmucker Stube" eine Razzia durchführte, bei der fünf Neonazis festgenommen wurden. Aufgerufen wird, die inhaftierten Neonazis Marko Göpferich und Thorsten Wetzels zu unterstützen. Adressen von "Antifas, Verrätern oder sonstigen Feinden" sollen an die Postfachadresse in Waldsee geschickt werden, da die "Anti-Antifa Kurpfalz" "Bilder von Gegnern wie z.B. Antifas oder VS-Leuten" schießt und diese an "andere Kameradschaften" weitergibt. Für "Fotos mit Namen und Adressen" von "Gegnern" zahlen die Neonazis fünf Mark. Die Kameraden werden aufgefordert, nicht mehr in "ausländischen" Restaurants zu essen; denn: "Ein Deutscher ernährt sich von deutschen Lebensmitteln und nicht von der Ernährung anderer Rassen."

■ **Uelzen** - Erwerb, illegaler Besitz und Aufbewahrung von Kriegswaffen, Pistolen und Munition stand in der Anklageschrift gegen das Ehepaar Michael und Iris Grewe. Am 6. August 1997 wur-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

de das Grewe-Anwesen im niedersächsischen Bad Bevensen von der Kriminalpolizei durchsucht. Dabei trat ein ganzes Waffenarsenal zutage. Der 30jährige, der sich vom mecklenburg-vorpommerschen NPD-Landeschef Hans-Günter Eisenecker anwaltschaftlich vertreten ließ, wurde zu einer auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe von einem Jahr und einem Monat verurteilt. Hinzu kommen 1.800 Mark Geldstrafe. Gattin Iris, vertreten durch den ebenfalls einschlägig bekannten Rechtsanwalt Kunze (Uslar) wurde freigesprochen. Michael Grewe betrieb in Hamburg kurzzeitig ein Geschäft mit Verkauf von Skinhead-Musik etc. Ihm werden Kontakte in die Lüneburger Neonazi-Szene nachgesagt (s.BNR 18/98).

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto